

AKTUELL

OGBL ZUR NEUEN REGIERUNG

Breitbeinig und wohlwollend

Raymond Klein

Gegenüber dem Wirtschafts-optimismus der neuen Regierung ist der OGBL skeptisch, er gewährt ihr aber eine großzügige Schonfrist in Sachen Sozialmaßnahmen.

Regierungen und Unternehmer sagen eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation voraus. Gewerkschaften melden Zweifel an der Seriosität solcher Negativprognosen an. Auf diese Weise plädieren die einen für Sparmaßnahmen, die anderen wehren sich dagegen. So war es in Luxemburg häufig in den vergangenen Jahren, und bisher gewannen meistens die Sparwütigen ... doch die Gewerkschaften behielten mit ihrem Optimismus recht. Diesmal ist alles anders. Die neue Regierung hat sich zwar die Budgetkonsolidierung auf die Fahnen geschrieben, erklärt aber, sie setze vor allem auf den sich abzeichnenden wirtschaftlichen Aufschwung, um mit den dann steigenden Steuereinnahmen das Defizit zu decken. Der OGBL dagegen erinnerte bei der Pressekonferenz am 17. Dezember daran, dass die Wachstumsprognosen in letzter Zeit immer nachträglich nach unten korrigiert worden sind.

Kaufkraft, Index, Hoffnung

„Wir befürchten, dass dieser Fall auch jetzt eintritt“, so Gewerkschaftspräsident Jean-Claude Reding im Namen des Nationalkomitees, das zuvor das Koalitionsabkommen unter die Lupe genommen hatte. Auf internationaler Ebene gebe es zwar viele Verlautbarungen, wonach die Politik das Wachstum fördern wolle, doch in der Praxis würge sie die Konjunktur ab. „Die Einkommensunterschiede wachsen, die Reallöhne sinken, zu viele Sparmaßnahmen gehen auf Kosten der breiten Masse.“ Reding unterstrich, die abwartende Haltung der Regierung sei ihm nicht unsympathisch: „Das ist klüger, als präzise Pläne über fünf Jahre erstellen zu wollen, wie das Brüssel fordert.“ Allerdings finde man im Koalitionsabkommen kein Rezept, die staatlichen Einnahmen zu erhöhen, falls das Wachstum ausbleibt. „Dann kommt es sicherlich zu Konflikten“, so die lapidare Schlussfolgerung des Gewerkschafters.

Einen Konflikt wegen der neuen Indexregelung wird es dagegen nicht

geben. In den kommenden fünf Jahren höchstens eine Tranche im Jahr auszuzahlen, hatte Oppositionsleiter Jean-Claude Juncker als „vernünftig“ bezeichnet, schließlich hätten die Gewerkschaften gegen diese Maßnahme nicht gestreikt. Sein langjähriger Tripartite-Kontrahent Reding widersprach nicht wirklich. Eine rote Linie zog er nur in Bezug auf eine Forderung der Unternehmer: Diese wollen, dass der durch die geplante TVA-Erhöhung entstehende Preisanstieg bei der Berechnung des Index nicht berücksichtigt wird. Gegen die im Koalitionsabkommen festgehaltene Index-Regelung brachte Reding indessen nur spöttische Fragen vor: Ob nun jedes Mal, wenn es irgendeine Krisensituation gibt, der Index eingeschränkt werde? Und was die Regierung tun werde, wenn die Krise keine fünf Jahre andauere?

Warum Reding diese, grundsätzlich vom OGBL abgelehnte, Höchstens-einmal-pro-Jahr-Regelung hinnimmt, zeigt sein Verweis auf die derzeitige Inflationsrate: Bei 1,5 Prozent falle sowieso der 2,5-prozentige Inflationsausgleich weniger als einmal im Jahr an. In der Tat hat diese Art Indexmanipulation in der Vergangenheit die Lohnabhängigen weniger gekostet und den Unternehmern weniger eingebracht als erwartet, ein Szenario, das vorhersehbar war (woxx 1146). Doch Redings wohlwollender Pragmatismus gegenüber der Regierungsmaßnahme könnte sich auch als Fehler erweisen, wenn plötzlich die Inflation anzieht und zu drastischen Kaufkraftverlusten führt.

Kommt es zu Konflikten, dann wird sich zeigen, wie stark der OGBL wirklich ist. „Wir sehen die massive Unterstützung bei den Sozialwahlen als ein Mandat an, auch gegenüber der neuen Regierung“, kommentierte Reding das Wahlergebnis. Der Zugewinn von zwei Sitzen mag die schon vorher übermächtige Gewerkschaft zufrieden stellen, sie kann daraus aber keinen Alleinvertretungsanspruch ableiten. Wenn in der Salaratskammer, wie Reding ankündigte, der LCGB tatsächlich - mit welchen Argumenten auch immer - an den Rand gedrückt wird, dann könnte es für den OGBL schwierig werden, die Gewerkschaftsfront von 2009 wieder aufleben zu lassen.

SHORT NEWS

Visa-Verweigerung wird schwieriger

(avt) - Behörden müssen Anträge für kurzfristige Besuchervisa, so genannte Schengen-Visa, künftig noch genauer prüfen. Das hat der Europäische Gerichtshof in Luxemburg am Donnerstag in einem Urteil klargestellt. Im konkreten Fall hatte die Deutsche Botschaft in Teheran den Antrag eines Iraners auf ein Schengen-Visum abgelehnt, welches es den BesucherInnen weder erlaubt, dauerhaft in Europa zu arbeiten, noch hier zu leben. Angeblich hatte die Botschaft Zweifel, dass der Mann Deutschland wieder verlassen würde. Ursprünglich sollte das Verwaltungsgericht Berlin über den Fall entscheiden, dieses schaltete jedoch zur Auslegung des EU-Rechts den Europäischen Gerichtshof ein. EU-Staaten vergeben Schengen-Visa für einen kurzfristigen Aufenthalt von höchstens drei Monaten. Die Gründe für die Ablehnung legt ein europäisches Gesetz fest. Begründete Zweifel daran, dass jemand sein Gastland wieder verlassen will, können zwar ein Grund für eine Ablehnung sein. Allerdings müssen die Behörden die persönliche Situation des Antragstellers sorgfältig prüfen, um festzustellen, ob tatsächlich „die Gefahr“ eines dauerhaften Aufenthaltes besteht, so nun die Richter des Europäischen Gerichtshofs. Ein faires Urteil, das jedoch den Zugang zur Festung Europa kaum merklich erleichtert.

Arcelormittal dépasse les seuils

(lc) - Qu'Arcelormittal fasse dans le « recyclage » de vieux pneus en les brûlant dans son haut-fourneau électrique d'Esch-Belval est connu. Cette mesure, provisoire entre 2009 et 2011, et définitivement autorisée entre-temps par l'ancien ministre du Développement durable Marco Schanck, risque pourtant de devenir une nuisance durable. Le comité de suivi, composé du Méco, de l'initiative « Stop Dioxin », de représentants de l'Administration de l'environnement et d'Arcelormittal a constaté des problèmes sur les analyses faites en juin, et qui n'ont été accessibles qu'en novembre : les seuils minimaux de plusieurs composants dangereux (monoxyde de carbone, dioxyde de soufre et autres) étaient dépassés de deux à sept fois. Pour Christiane Leclerc de l'initiative « Stop Dioxin », la situation est inacceptable et elle regrette l'attitude d'Arcelormittal au sein du comité de suivi : « Pour eux, les seuils sont trop bas et il essaient de les faire augmenter. Pourtant, nous les avons calculés en fonction de seuils de quatre autres usines comparables, dont une d'Arcelormittal. » Les deux associations ont d'ailleurs pris rendez-vous pour après les vacances de Noël chez la nouvelle ministre de l'Environnement Carole Dieschbourg et son secrétaire d'Etat Camille Gira. Donc, même si apparemment le conflit sur les conventions collectives s'est calmé, Arcelormittal n'est pas encore sorti de l'auberge.

Ein Vertrag aus der Dunkelkammer

(rg) - Die Europäische Union ist dabei, ein Freihandelsabkommen mit den USA auszuhandeln. Diese Woche fand in Washington die dritte Verhandlungsrunde eines Prozesses statt, der bis Mitte 2015 abgeschlossen sein soll. Claude Turmes, grünes Mitglied des Europäischen Parlaments (EP), sprach anlässlich einer Pressekonferenz von mangelnder Transparenz, die dem Ganzen anhaftet. Schon im Januar 2014 wird es zu einigen wichtigen Entscheidungen kommen, bei dem vor allem die Form des Vertrages festgehalten werden soll. Die Gefahr besteht, dass die zu erwartenden Vorteile eines solchen Abkommens - die Rede ging von einem Wachstumsschub in Höhe von 119 Milliarden Euro - die Nachteile ausblenden. Zum einen sieht Turmes das Risiko eines Verbraucherschutz- und Öko-Dumpings, da es je nach Vertrag zur automatischen Anerkennung der jeweils niedrigsten Standards in diesen Bereichen kommen kann. Auch im Hinblick auf den Datenschutz drohen Gefahren, da die EU sich bislang in dieser Frage keine Regelungen gegeben hat. Besonders stößt auf, dass von den rund 130 Vorverhandlungen 119 dem Austausch mit Lobbyisten vorbehalten waren, hingegen nur elf der Diskussion mit Umweltverbänden. Das ganze Verfahren laufe am EP und an den nationalen Parlamenten vorbei. Inzwischen hat sich auch der Europäische Gewerkschaftsbund zu Wort gemeldet. Er sieht die europäischen Gesundheitssysteme in Gefahr, weil das Abkommen existierende staatliche Preis- und Budgetmodelle unterminieren könnte.